

An den rechten Rand gedrängt

Zum Artikel „Direktkandidaten im Landtags-Wahlkreis 42“ (19. Oktober, S. 22)

Der Standpunkt von Heinz Lotz lässt erkennen, dass er Personen, die sich mit den Auswirkungen von Windkraftanlagen in windschwachen Mittelgebirgsregionen kritisch beschäftigen, pauschal an den rechten Rand des politischen Systems drängt. Hier disqualifizieren sich nicht die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit einem Thema intensiv auseinandersetzen und behördliche Entscheidungen hinterfragen, sondern derjenige, der die Ängste und Bedenken des Wählers nicht ernst nimmt. Werden durch dieses Verhalten nicht gerade politische Randgruppen gestärkt? Sollte sich ein Direktkandidat um die Sorgen und Probleme des Wählers im eigenen Wahlkreis nicht besonders kümmern? Nein, an dieser Stelle wird ein „Weiter so!“ gebetsmühlenartig im Sinne des parteipolitischen Programmes postuliert, ohne auf vorgetragene Kritik im Detail einzugehen. Der Windkraftkritiker wird stattdessen lieber kollektiv in die Ecke des Leugnens von Klimawandel, Befürworters von Atomstrom und nunmehr der AfD-Partei zugerechnet. Auch ist Herr Lotz in örtlichen Veranstaltungen zum Thema Windkraft in seiner eigenen Heimat bisher nicht besonders aufgefallen. Anstatt mit Stammtischmanier gegen Kritiker vorzugehen, wäre eine ak-

tive Teilnahme bei Veranstaltungen zur Windkraft in Marjoh und Bellings empfehlenswerter gewesen. Angesprochen auf Konflikte mit dem Vogelschutz, erhebliche äußere Beeinträchtigungen von Natura-2000-Gebiete durch das direkte Angrenzen an Vorrangflächen, Grundwasserschutz und Immissionsschutz werden oft mit Verweis auf die Fachbehörden im Regierungspräsidium Darmstadt abgebugelt. Aber sollte sich nicht gerade der fachpolitische Sprecher einer Oppositionsfraktion für Forsten und Naturschutz im Hessischen Landtag sowie Mitglied der Regionalversammlung Süd die Mühe machen und aus eigener Kraft weitreichende und einschneidende Entscheidungen der Verwaltung im eigenen Wahlkreis hinterfragen und kritisch begleiten?

**Ronny Hahn
Stein**

Realitätsferne Politik

Zum Artikel „Hessenwahl spielt untergeordnete Rolle“ (22. Oktober, S. 10)

Ich war auch beim AfD-Info-Abend und das trotz massiver Anfeindung durch die „Toleranzwächter“ vor der Stadthalle. Die KN schreiben, dass es wenig landespolitische Themen gegeben habe. Das sehe ich anders. Thematisiert wurde auch das Dieselfahrverbot. Was bewirkt dies letztlich? Offenbar soll unsere Autoindus-

trie mit den abertausenden Arbeitsplätzen einschließlich der Zulieferer-Industrie kaputt gemacht werden. Viele heimische Firmen in der Region, von Sterbfritz bis Bad Soden-Salmünster, produzieren für Audi über BMW, Mercedes bis VW. Was passiert, wenn nach dem Willen der Grünen die Produktion zusammenbricht, weil der einst als umweltfreundlich gepriesene und kraftstoffsparende Dieselmotor nicht mehr fahren darf? Dann stehen alle Räder still, auch im Bergwinkel und das zur klammheimlichen Freude der Grünen Polit-Ideologen. Und was ist mit den Dieselfahrzeugen von Feuerwehr, Rotem Kreuz, der Polizei, den Handwerkern und Dienstleistern, den Baustellenfahrzeugen und, und, und? Einfach nur krank diese „vergrünt-realistitätsferne Politik“.

Ich sehe starke Parallelen zum überhasteten Atomausstieg. Es wird offensichtlich nicht mehr regiert, nur noch reagiert. Auch hier gilt das lateinische Sprichwort: „Bei allem, was Du tust: Bedenke das Ende!“ Kann es sein, dass es beim „Kampf gegen den Diesel“, den es sonst nirgendwo in der Welt gibt, nur vordergründig um die Gesundheit der Bürger geht? Geht es am Ende eher um gesetzlich oktroyierte Wert- und Vermögensvernichtungen („Umweltprämie“) zugunsten neuer Märkte, für die dann riesige Investitionen seitens der Industrie und der Endverbraucher erzwungen werden, um letztlich neue Steuerquellen zum Sprudeln zu bringen?

**Torsten Zinkhan
Schlüchtern**